

## KASHMIR: INDIENS NEUER PUNJAB?

Während der letzten Monate hat sich die Lage in Kashmir dramatisch verschärft. Die Regierung scheint nicht in der Lage, die entfremdeten Bürger im nördlichen Bundesstaat hinter sich zu sammeln. Vor dem Hintergrund der Kashmir Krise verschlechtert sich erneut das indisch-pakistanische Verhältnis. Geht Kashmir den Weg des Panjabs?



Foto: W. Keller

Schon die ersten Schritte nach der Landung in Srinagar offenbaren die Situation, die zur Zeit Kashmir beherrscht: alles erscheint wie gelähmt. Die wenigen Reisenden, die hier noch eintreffen, wirken verwirrt, denn das noch vor wenigen Monaten vor Touristen aus aller Welt überquellende Flughafengebäude ist nahezu verwaist. Draußen auf dem Flugfeld und in der Empfangshalle hat man das Gefühl, sich auf einem Militärflughafen zu befinden. Vor dem Gebäude warten Fahrzeuge, die die ankommenden Reisenden, hauptsächlich Regierungsbeamte, Angehörige der indischen

Streitkräfte und ihre Familien in die Stadt eskortieren. Verschwunden sind jedoch die früher allgegenwärtigen Fremdenführer und die Vertreter der vielen Hotels.

Ein paar Meilen weiter Richtung Srinagar kann die bedrückende Stille jedoch plötzlich umschlagen. Der Lärm des zum Teil offen zutage tretenden Bürgerkriegs kann dann die Szenerie beherrschen. Kein Tag vergeht ohne Bombenanschläge, kein Tag ohne Tote und Blutvergießen. Armee-Einheiten patrouillieren in den Straßen.

Die von fünf Uhr nachmittags bis fünf Uhr morgens verhängten Ausgangssperren machen den ohnehin schon harten Winter in Kashmir für die Bevölkerung noch mühsamer. Die Lastwagen, die das Tal mit Brennstoff versorgen, werden auf den Hauptverbindungsstraßen aufgehalten und die häufige Abschaltung der Elektrizitätsversorgung taucht die Städte nachts oft in gespenstisches Dunkel. Die Touristen sind geflohen und das Geschäftsleben ist fast vollständig zum Erliegen gekommen.

Beides, die bedrückende Stille und der offene Aufruhr charakterisieren zur Zeit den Belagerungszustand, den die militante "Jammu & Kashmir Liberation Front" (JKLF) über das Kashmir-Tal verhängt hat. Überall fallen die Schriftzüge auf islamisch grünem Untergrund ins Auge, Ankündigungen und Verordnungen die in Urdu, eine der Sprachen Pakistans, abgefaßt sind. Kinos werden geschlossen, Filme in Englisch und Hindi verboten, Alkohol und Lotterielose dürfen mit der Begründung, sie seien unislamisch, nicht mehr verkauft werden. Zudem dürfen weibliche Personen, die älter als zehn Jahre sind, sich ab Februar nur noch verschleiert in der Öffentlichkeit zeigen. Zur optischen Unterscheidung von den Moslems sollen die Hindus zukünftig den roten Punkt, die Tika auf der Stirn tragen. All diese Verordnungen stammen nicht etwa von der Regierung, sondern von den militanten Muslimorganisationen, zu denen neben der JKLF die "Hizbe Islami", die "People's League" und weitere kleiner Gruppen gehören.

Selbst den Offizieren im Polizeihauptquartier von Srinagar, dem Nervenzentrum der in die Enge gedrängten staatlichen Sicherheitskräfte, scheint nicht mehr klar zu sein, wer in Kashmir das Sagen hat: "Wenn von staatlicher Seite ein Ausgangsverbot verhängt wird, regt sich überall Widerstand, wenn die gleiche Verordnung von den Extremisten kommt, rührt sich kein Mensch." Das bislang letzte Ziel der Separatisten waren die "indischen" Banken. Ihren Anordnungen folgend haben bereits Tausende ihre Konten, außer denen bei der Jammu & Kashmir State Bank, aufgelöst. Nur die Tatsache, daß viele Banken infolge von Streik und Ausgangssperren ohnehin geschlossen sind, hat viele Geldinstitute bislang vor einem verheerenden Ansturm der Anleger bewahrt. Nicht nur vielen Banken droht das

Aus, auch der Tourismus, von dessen Einnahmen 60 % der Bevölkerung Kashmirs abhängig sind, ist praktisch zum Erliegen gekommen. "Die einzige Möglichkeit zu überleben ist, zu betteln, zu stehlen, sich Geld zu leihen oder einfach zu beten", so die Worte von Abdus Samad Kotru, dem 75-jährigen Patriarchen der staatlichen Tourismusindustrie und Präsidenten der Hausbooteigner-Gemeinschaft.

### Die Geschichte

Der indische Unionsstaat Jammu & Kashmir, der sich aus Ladakh, dem indischen Tibet, dem hinduistischen Jammu und dem vom Islam dominierten Kashmir zusammensetzt, ist der einzige indische Bundesstaat mit moslemischer Bevölkerungsmehrheit. Er fiel nach der Teilung des

Subkontinents im Jahre 1947 an Delhi, weil der damals dort herrschende hinduistische Maharadja ihn in die Union einbrachte. In zwei der drei Kriege, die seitdem zwischen Indien und Pakistan geführt wurden, war Kashmir der Zankapfel. Und angesichts der sich derzeitig zuspitzenden Situation wird eine direkte Auseinandersetzung zwischen Indien und Pakistan um Kashmir von internationalen Beobachtern nicht mehr ausgeschlossen, wie auch Äußerungen von Benazir Bhutto Mitte Februar andeuten.

Das "eigentliche" Kashmir ist das altbesiedelte Jhelum-Tal im Kashmir-Becken zwischen dem Vorderen Himalaya und dessen Hauptkamm, mit dem alten Handelsplatz und jetzigen Kernpunkt der Auseinandersetzungen Srinagar. Von dort aus, einem Kreuzungspunkt der Karawanenwege zwischen Vorder-, Zentral- und Südasien, wurde es im Laufe seiner Geschichte als Paßstaat ausgebaut. Sein Einfluß reichte zum Teil vom Hochland Tibets bis zum Punjab. Als die Sikhs im Jahre 1819 vom Punjab aus Kashmir eroberten, schufen sie nicht nur den jetzigen Staat Jammu & Kashmir, sondern zugleich auch die Grundlagen des heutigen Konflikts. Sie vereinigten das mehrheitlich mohammedanische Kashmir mit dem hinduistischen Jammu. In diesem Zusammenhang sei noch erwähnt, daß sich in der Hauptstadt Srinagar noch eine kleine Schicht meist gehobener Hindu-Familien, die "Kashmiri-Pandit", gehalten hatte. Aus dieser hinduistischen Bevölkerungsschicht - etwa 14 % der Gesamtbevölkerung Srinagars - entstammt unter anderem die Familie Nehru.

In den Jahrzehnten nach der Unabhängigkeit Indiens, und damit der Teilung von Indien und Pakistan, hatten sich die Kashmiris daran gewöhnt, daß sich die latente politische Unzufriedenheit über die Zugehörigkeit Kashmirs zu Indien hin und wieder auf den Straßen Luft machte. Doch im Laufe der Auseinandersetzungen der letzten Wochen und Monate ist der einfache Kashmiri vom bloßen Betrachter zum Teilnehmer derartiger Proteste geworden, die von zunehmendem Widerstand und Trotz gegenüber der indischen Zentralregierung, den indischen Besatzern, geprägt sind. Die Militanz hat mittlerweile ein Ausmaß erreicht, daß viele Beobachter und selbst Angehörige der Sicherheitskräfte davon sprechen, daß die Streitkräfte die Situation nicht mehr unter Kontrolle hätten.

### Lage ist äußerst brisant

"Ich habe mich während meiner gesamten beruflichen Laufbahn als Polizist noch nie so niedergeschlagen gefühlt wie jetzt", so äußerte sich ein Offizier der Sicherheitskräfte in Srinagar gegenüber der indischen Zeitschrift 'India Today'. "In meinen 24 Dienstjahren als Polizist habe ich hier nie eine Waffe getragen. Ich war stolz darauf, im täglichen Umgang mit diesen liebenswürdigen Kashmiris, nur ein wenig Einfühlungsvermögen zu benötigen. Doch heute hat sich die Situation radikal verändert. Die Waffe ist geladen und entsichert, der Finger immer am Abzug."

J.N. Saxena, der neuernannte Oberbefehlshaber der



Touristen kommen vorerst nicht; die bekannten Hausboote auf Srinagars Dal-See stehen leer (Foto: W. Keller)

Polizei von Jammu & Kashmir und bis vor wenigen Tagen Chef des Geheimdienstes des Staates, beschreibt die derzeitige Situation als eine der brisantesten seit 1965. Die Regierung sei in die Defensive gedrängt.

"Fünfzig Prozent der staatlichen Autorität ist in unserer Hand", verkündete 'Luft-Marschall' Noor Khan, der Führer der militanten 'Allah Tigers'. "Ihr Inder solltet besser eure Reisetaschen packen und mit Würde von hier verschwinden", sagte er im Verlauf eines Interviews, das mitten in Srinagar aufgenommen wurde.

### Indische Vorwürfe an Pakistan

Mehr als hundert Tote, inoffizielle Quellen nennen weitaus höhere Zahlen, Sprengstoffanschläge auf öffentliche Gebäude, Ausgangssperren und die Ausweisung ausländischer Journalisten sind die Bilanz der vergangenen Wochen. Die indische Regierung wirft der pakistanischen Seite vor, die Unruhen zu schüren und die Extremisten der "Jammu & Kashmir Liberation Front" (JKLF) auszubilden und mit Waffen zu versorgen. Obwohl dies mittlerweile als erwiesen gilt, und keiner der kashmirischen Separatisten oder deren Sympathisanten die Verbindungen nach Pakistan abstreitet, wies Pakistans Regierungschefin Benazir Bhutto derartige Entwicklungen weit von sich. Sie versuchte von Anfang an diese Angelegenheit herunterzuspielen, doch unter dem

Druck der pakistanischen Opposition, die Ende Januar im Rahmen einer Massendemonstration gegen die ohnehin stark angeschlagene Regierungschefin unter dem Vorwurf, sie lasse die "Brüder und Schwestern jenseits der Grenze im Stich" mehr als eine Million Menschen auf die Straßen brachte, sprach sie sich nun für das Selbstbestimmungsrecht der Kashmiris aus. Ein Schritt, der die indische Seite verärgert hatte. Die Regierung in Delhi beruft sich weiterhin auf die Vereinbarung von Simla, in der sich Indira Gandhi und der Vater der heutigen pakistanischen Regierungschefin, Zulfikar Ali Bhutto, im Jahre 1972 darauf geeinigt hatten, den Status quo zu wahren: Zwei Drittel des umstrittenen Gebietes fielen demzufolge an Indien, ein Drittel, das heutige "Azad Kashmir" (Freies Kashmir) an Pakistan.

### JKLF

Was verbirgt sich aber hinter den militanten Gruppierungen, die Kashmir mittlerweile unregierbar gemacht haben, und welche Motivation hat sie dazu bewogen, gerade jetzt derartig in den Vordergrund zu treten? Das Ziel der JKLF, der wohl bedeutendsten der drei Gruppierungen, ist der Kampf für ein freies und unabhängiges Kashmir. Angeblich sollen 300 junge Kashmiris in Pakistan bewaffnet und ausgebildet worden sein. Mittlerweile geht man davon aus, daß diese Ausbildung von afghanischen Mudjaheddin durchgeführt

wurde. In ihrem Grundsatzprogramm spricht sich die JKLF für eine vollständige Unabhängigkeit von Jammu & Kashmir aus. Damit decken sich ihre Ziele mit der Mehrheit der Bevölkerung. Während in früheren Meinungsumfragen noch etwa 50 % der Kashmiris für den Anschluß an Pakistan votierten und nur 38 % für eine völlige Unabhängigkeit, spricht sich mittlerweile die große Bevölkerungsmehrheit für eine Unabhängigkeit, möglichst zusammen mit dem kleineren, heute pakistanischen Teil Kashmirs aus. Der zu schaffende Staat sollte laut der Grundsatzerklärung der JKLF eine 'Islamische Demokratie' sein, die wirtschaftlich 'islamisch sozialistisch' orientiert sein und außenpolitisch eine Politik der Blockfreiheit verfolgen sollte. Was den Schutz der Minderheiten angeht, so sollte dieser, entsprechend den Bestimmungen des Koran und der Sunnah, gewährleistet werden. Daß die JKLF für Religionsfreiheit eintritt, hat sich bereits in der Vergangenheit gezeigt. Im Tal des Jhelum gibt es bislang keine Spannungen zwischen Hindus und Moslems. Prozessionen der Hindus blieben bis jetzt unter der Bedingung, daß keinerlei indienfreundliche Propaganda betrieben wurde, unbehelligt.

Die Forderungen der JKLF werden in der Bevölkerung offen diskutiert, da sich infolge der weitgehenden Untätigkeit der Bundesstaatenregierung unter dem kürzlich zurückgetretenen Ministerpräsidenten Farooq Abdullah der Glaube in den Köpfen der Menschen festgesetzt hat, die Militanten hielten das Heft in der Hand - und so falsch scheint dieser Eindruck nicht zu sein. Angesichts der Tatsache, daß die Anordnungen der Befreiungsfront weitgehend befolgt werden, ist die Hoffnung auf ein unabhängiges Kashmir allgegenwärtig.

Stimmen aus der Bevölkerung belegen, wie konkret die Überlegungen schon gediehen sind. Der 35-jährige Geschäftsmann Meraj Din fordert beispielsweise die Schaffung eines Freihafens nach der Unabhängigkeit und Nisar Darzi verlangt, die ersten freien Wahlen in "Azad Kashmir" unter der Aufsicht der UNO-Friedenstruppen durchführen zu lassen. Tariq, ein 23-jähriger Student, spricht offen aus, was viele Kashmiris denken: "Bloße Veränderungen in der jetzigen Regierung reichen nicht mehr aus. Wir fordern einen totalen Abzug der indischen Armee. Es sind Besatzungstruppen, vergleichbar den Israelis in Palästina oder den Russen in Afghanistan."

### Demütige Haltung

Der Hauptgrund für die derzeitige offene Revolte gegen die Zentralregierung und damit gegen die zurückgetretene Regierung von Farooq Abdullah liegt unter anderem in dessen demütiger Haltung gegenüber Delhi. Zudem ist der ehemalige Ministerpräsident auch wegen dubioser Geschäfte in die Schlagzeilen geraten. Kürzlich wurde gegen ihn der Vorwurf erhoben, er habe seine unumschränkte Vollmacht als Regierungschef dazu genutzt, einer privaten Medizinhochschule, in deren Vorstand er selbst Präsident und sein Bruder Mitglied ist, Land zum Nominalwert zugeteilt zu haben. Auf der anderen Seite verlangt diese Hochschule von jedem Studierenden eine hohe Zulassungsgebühr.

Noch im Jahre 1984 war Farooq in der Bevölkerung so beliebt, daß selbst Scheich Abdullah - sein Vater - hätte neidisch werden können. Die Kashmiris sammelten sich hinter Farooq, weil er unter Entscheidungen aus Delhi hatte leiden müssen. Doch ein späteres Abkommen



Gefangene Kashmiris werden von einem Soldaten bewacht (Foto: India Today)

Farooqs mit der 'Congress-I'-Partei kostete ihn seinen guten Ruf. Damit hatte er die unverzeihliche Sünde begangen, Delhi die Hände zu reichen.

Seine Kalkulationen gingen indes dahin, eine direkte Konfrontation mit der Zentralregierung, die zu einer drastischen Kürzung oder einer gänzlichen Streichung der Gelder für Kashmir hätten führen können, zu vermeiden. Durch prestigeträchtige Projekte wollte er die Bevölkerung Kashmirs für seine Politik gewinnen.

Allein für Baumaßnahmen in der Hauptstadt Srinagar wurden Gelder in Höhe von 650 Millionen Rupien bewilligt. Auf der anderen Seite ist es jedoch kaum zu verstehen, daß der Verbesserung der Lebensbedingungen der etwa 200.000 gebildeten Arbeitslosen nicht absoluter Vorrang eingeräumt wurde. Gerade diese Bevölkerungsgruppe ist es heute, die der JKLF als freiwillige Kampftruppe auf Zuruf zur Verfügung steht. Zwar hat Delhi in Kashmir Zentren eröffnet, in denen Arbeitslosen Praxis und Wissen vermittelt werden soll, um ihnen die Arbeitssuche zu erleichtern, doch selbst 42 Jahre nach dem Anschluß Kashmirs an die indische Union sind in den Banken und Postämtern kaum eine Handvoll moslemischer Kashmiris angestellt.

Die Arbeitslosigkeit und die Unterentwicklung in Kashmir zu sehr als Ursache in den Vordergrund zu rücken, hieße jedoch, die Situation zu sehr zu vereinfachen. Die Unterstützung von Seiten der Zentralregierung in Jammu & Kashmir liegt pro Kopf der Bevölkerung deutlich über dem Landesdurchschnitt. Die Mitglieder der JKLF sind in der Mehrzahl der wohlhabenden Klasse zugehörig, unter ihnen Ingenieure und Ärzte. Das Problem wurzelt demzufolge nicht ursächlich im ökonomischen Bereich, sondern die ausgeheizten Emotionen sind das treibende Element.

Die Glaubwürdigkeit der Mitglieder der einst herrschenden Parteien ist auf jeden Fall äußerst fragwürdig. Die Vergangenheit hat gezeigt, daß ihre politischen Entscheidungen oft von sehr persönlichen Motiven geleitet waren. Demgegenüber sind die durchaus positiven Entwicklungen und Entscheidungen, die in der Vergangenheit zum Beispiel von der kashmirischen Nationalkonferenz eingeleitet und getragen wurden, den jungen Kashmiris kaum bekannt. Sie wissen nicht, daß die Partei die Tyrannei der Maharadjas einerseits und den Kommunalismus der Moslems andererseits bekämpft hat. Auch Landreformen, die Abdullahs Vater durchführte, um den Ackerbauern kostenlos Land zur Verfügung zu stellen, liegen mittlerweile 35 Jahre zurück. Die heutige Jugend kennt die Nationalkonferenz nur als Partei, in der sich die Mitglieder gegenseitig bekämpfen.

Der Fundamentalismus, wie er in den Moscheen gepredigt wird, bot der Jugend in ihrer Perspektivlosigkeit zumindest teilweise Lösungen an. Manipulationen während der Wahlen zum Landesparlament im Jahre 1987 haben das Mißtrauen der militanten Kräfte, die Demokratie in Kashmir müsse in Delhis Schema passen, weiter vertieft. Es ist eine weitverbreitete Meinung, daß Farooq die Wahlen "gestohlen" habe, und ein Blick

auf die Listen der Fahndungsbehörden zeigt, daß die unter unter Kategorie A und B geführten Extremisten zum größten Teil junge Männer sind, die in den Wahlen von 1987 als Wahlhelfer der "unterlegenen" Kandidaten der 'Muslim United Front' (MUF) tätig waren. Zunehmend besorgt ist man auf Seiten der militanten Kräfte auch über den zunehmenden hinduistischen Kommunalismus, der im Lande weiter um sich greift.

## Lösungsversuche

Es scheint jedoch, als habe man mittlerweile in Delhi den Ernst der Lage erkannt. Ende Januar wurde R.P. Joshi, Direktor des staatlichen Nachrichtendienstes, nach Kashmir geschickt, um einerseits einen genauen Lagebericht an die Zentralregierung zu übermitteln, andererseits aber auch um seinen eigenen Leuten nach einigen Angriffen von Seiten der Separatisten den Rücken zu stärken. Die aktuelle Situation war auch Thema einer ganzen Reihe von Konsultationen auf höchster Regierungsebene. Man kam darin überein, der lokalen politische Führung kurzfristig Streitkräfte der Zentralregierung zur Seite zu stellen. Zusätzlich wurde mit Mr. Jagmohan ein neuer Gouverneur für Kashmir ernannt.

Auch auf internationaler Ebene wurden Versuche unternommen, um auf die mittlerweile von Pakistan eingeleitete Propagandaoffensive zu antworten. So wurden unter anderem Konsultationen mit den Arabischen Staaten, mit China, der Sowjetunion, den Vereinigten Staaten, der Europäischen Gemeinschaft, Kuwait und dem Irak aufgenommen.

Ob derartige Lösungsversuche allerdings zu einer Beruhigung der Lage beitragen können, bleibt abzuwarten. Viele Beobachter beurteilen die Lage skeptisch. Indien macht es sich mit seinem Versuch, alleinig Pakistan die Schuld für die eskalierende Situation in die Schuhe zu schieben, zu einfach. Delhi wird versuchen müssen, die während der letzten Jahre aufgestauten Probleme konsequent aufzuarbeiten, ohne gleichzeitig die Beziehungen zu seinem Nachbarn Pakistan unnötig zu belasten. Wenn die neue Regierung es nicht schafft, das Vertrauen in die Staatsführung, allen voran die kashmirische Landesregierung wiederherzustellen, droht ein zweites Punjab.

Die mittlerweile nicht mehr nur verbalen Auseinandersetzungen um Kashmir zwischen Pakistan und Indien - am 5. Februar wurden mindestens zwei Menschen getötet, als etwa 4.000 Menschen sich von der pakistanischen Seite kommend der kashmirischen Grenze näherten, stehendes Getreide auf indischer Seite anzündeten und indische Grenztruppen daraufhin das Feuer eröffneten - drohen, den gerade erst begonnenen Dialog zwischen den beiden Staaten wieder ins Stocken geraten zu lassen. Die Gefahr einer kriegerischen Auseinandersetzung ist nicht von der Hand zu weisen. Die Entführung der Tochter des ersten moslemischen Innenministers Indiens kurz nach seinem Amtsantritt durch die JKLF, die erst im Austausch gegen einige inhaftierte Führer der Separatisten wieder auf freien Fuß gesetzt wurde, wird von einigen Beobachtern bereits als Kriegserklärung aus Kashmir gewertet.

Ralf Tepel